

#ClimateStories der Amnesty-Kogruppe Pakistan zum Amnesty-Bericht „Unliveable for Humans“

Das Bild zeigt einen Lastwagenfahrer in Pakistan, der für einen Mittagsschlaf den Schatten der gestapelten Tische als Schutz vor der sengenden Hitze sucht. Viele Arbeiter*innen in Pakistan unterbrechen ihre Arbeit während der heißen Nachmittagsstunden, um der Hitze zu entgehen, die dann ihren Tageshöhepunkt erreicht. Dies müssen sie in Kauf nehmen, obwohl ihnen dadurch ein Teil ihres Einkommens entgeht.

Die globale Erwärmung - verursacht durch den kontinuierlichen Ausstoß von Treibhausgasen - lässt die Durchschnittstemperatur weltweit zwar „nur“ um einige Grad Celsius ansteigen, die Auswirkungen auf das Weltklima sind dennoch enorm. Eine der Folgen des veränderten Weltklimas sind lokal auftretende Hitzewellen. Solche Hitzewellen haben in den letzten Jahren das Leben in der pakistanischen Stadt Jacobabad bestimmt. Aus dieser stammt auch das Bild. Im Juni 2021 erreichten die Temperaturen in Jacobabad bis zu 52°C. In Kombination mit der hohen Luftfeuchtigkeit kann der menschliche Körper sich nicht mehr eigenständig kühlen, und der Kreislauf droht durch Überhitzung zu kollabieren. Schätzungsweise sind im Jahre 2022 etwa 65 Personen, darunter mindestens drei Kinder, an den Folgen der Hitzewellen gestorben. Zusätzlich tragen lokale Emissionen der Industrie und die Abholzung von regionalen Wäldern dazu bei, dass sich die klimatischen Bedingungen in Jacobabad verändern. Dabei sind oftmals Frauen und Tagelöhner*innen besonders von den Auswirkungen der Hitzewellen betroffen. Häuser und Wohnungen, in denen Lohnarbeiter*innen leben, sind nicht für diese Bedingungen ausgelegt. Oft fehlt es an Kühlung bzw. Strom und dem Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ihre Rechte auf Gesundheit, Leben, eine sichere und gesunde Umwelt, Arbeit, Wohnen und einen angemessenen Lebensstandard sind dadurch beeinträchtigt.

Die besondere Betroffenheit von Tagelöhner*innen durch Hitze ergibt sich daraus, dass sie meistens unter freiem Himmel arbeiten und nicht über die Ressourcen verfügen, sich angemessen zu schützen. Auch Frauen sind hier, wie in vielen Kontexten der Klimakrise, deutlich stärker betroffen, da ihnen die Nutzung der wenigen öffentlich zur Verfügung stehenden Abkühlungsmöglichkeiten, wie z.B. das Baden in Gewässern, nicht möglich ist. Auch müssen sie oft, anders als Männer, in überhitzten Gebäuden schlafen, da sie sonst Gefahr laufen, Opfer von sexualisierter und geschlechtsbezogener Gewalt zu werden. Auch Schulen sind für die Temperaturen nicht angemessen ausgerüstet, was dazu beiträgt, dass viele Kinder die Schule frühzeitig verlassen. Ihr Recht auf Bildung wird dadurch beeinträchtigt.

Mit dem Blick auf Pakistan als gesamtes Land führt die Klimakrise noch zu einer ganzen Reihe von weiteren Auswirkungen. So sinken die Wasserreserven zusehends und der Zustand des Ökosystems verschlechtert sich zunehmend. Dies hat Auswirkungen auf die Landwirtschaft und erzeugt Nahrungsunsicherheit. Anhand Pakistans wird auch das globale Gefälle in der Klimakrise deutlich.

Pakistan hat seit Beginn der Industrialisierung lediglich ein Siebtel der Treibhausgasemission Deutschlands erzeugt und ist trotzdem ungleich stärker von den Auswirkungen betroffen.

Wir engagieren uns als Aktivist*innen in der Koordinationsgruppe Pakistan von Amnesty International Deutschland. Im Oktober 2021 ist der Amnesty Bericht „Unlivable for Humans“ erschienen und in 2022 und 2023 zwei weitere, die sich mit Extremwetter in Pakistan beschäftigen. In den Berichten schlägt Amnesty mehrere Maßnahmen vor und richtet sich damit sowohl an die lokalen Behörden und an die Regierung in Pakistan als auch an die Regierungen der Staaten, die für die ausufernde Klimakrise verantwortlich sind.

- Auf lokaler Ebene müssen die Menschen in die Lage versetzt werden, mit den veränderten klimatischen Bedingungen umzugehen, z.B. indem eine Stromversorgung aus erneuerbaren Energien sichergestellt und das geltende Recht zum Schutz von Arbeiter*innen durchgesetzt wird. Wichtig ist dabei die Beteiligung der Bevölkerung und im Besonderen die Beachtung der Interessen der am stärksten betroffenen Menschengruppen.
- Die pakistanischen Behörden werden aufgefordert, die Menschen in den betroffenen Gebieten rechtzeitig vor Hitzewellen zu warnen und effektive Schutzmaßnahmen für sie zu ergreifen.
- In Deutschland setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung sich ihrer menschenrechtlichen Verantwortung stellt, die sich aus Deutschlands Rolle als wesentlicher Mitverursacher der Klimakrise ergibt. Aufgabe der industrialisierten Staaten wie Deutschland ist es, sicherzustellen, dass eine möglichst schnelle, menschenrechtskonforme Reduktion des Treibhausgasausstoßes auf null umgesetzt wird. Dazu gehört ein Verzicht auf den Einsatz und die Produktion fossiler Brennstoffe sowie ein Ende von deren Förderung durch Subventionen. Außerdem müssen Pakistan und andere von der Klimakrise stark betroffene Länder beim Umstieg auf erneuerbare Energien und bei Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt werden. Denn ein großer Teil der hierfür fehlenden Mittel fehlt aufgrund von Ausbeutung und jahrhundertlang bestehenden, noch heute wirkenden, kolonialen Strukturen.